

**INSM**

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH  
Georgenstraße 22  
D- 10117 Berlin

Carl-Victor Wachs  
Pressesprecher  
Leiter Kommunikation

wachs@inism.de  
M +49 176 61649030

[inism.de](http://inism.de)

Berlin, 27.03..2024

## Pressemitteilung

### **Umfrage zur EU: Deutsche sehen EU überwiegend positiv / Freier Warenverkehr und Reisen für die meisten wichtiger als Klimaschutz und Sozialstandards**

Berlin – Die Deutschen sehen durch die EU vor allem Vorteile für die deutsche Wirtschaft. Dies ergibt eine repräsentative Umfrage vom 16.2. bis 1.3.2024 unter rund 5.000 Bundesbürgern durch das Meinungsforschungsinstitut Civey im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Mehr als zwei Drittel der Befragten (67 Prozent) sehen durch die EU Vorteile für die Wirtschaft. Etwas weniger, aber immer noch 59 Prozent, sehen auch für sich persönlich vor allem Vorteile durch die EU, 30 Prozent eher Nachteile. Ebenfalls mehr als zwei Drittel finden, freier Warenverkehr (69 Prozent) sowie freies Reisen und Arbeiten (68 Prozent) seien die wichtigsten Aspekte der EU-Mitgliedschaft Deutschlands. Weitaus weniger meinen, einheitliche Sozialstandards (24 Prozent) und Klimaschutz (18 Prozent) seien die wichtigsten Aspekte. Es waren Mehrfachnennungen möglich.

### **Grüne am EU-freundlichsten, AfD-Wähler am EU-feindlichsten**

95 Prozent der Grünen-Wähler glauben, dass sich die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union eher positiv auf die deutsche Wirtschaft auswirkt. Bei den SPD-Wählern sind 92 Prozent, bei Linken-Wählern 81, FDP-Wählern 76 und Unionswählern 73 Prozent dieser Meinung. Anders verhält es sich bei AfD-Wählern: Diese sehen nur zu 24 Prozent die positiven, aber zu 71 Prozent eher negative Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft.

In fast allen Bundesländern sehen mehr Menschen Vorteile der EU als Nachteile, allerdings mit einem klaren Ost-West-Gefälle. Während in westlichen Ländern fast durchweg zwei Drittel bis drei Viertel der Befragten vor allem die positiven Aspekte sehen, sind es in Ostdeutschland nur knapp mehr als die Hälfte, in Sachsen sogar nur 49 Prozent.

Immerhin: In allen Bundesländern überwiegen die Gegner eines „Dexit“, also eines Austritts Deutschlands aus der EU. Bundesweit sind fast 70 Prozent dagegen und nur knapp 28 Prozent dafür. Nur bei AfD-Wählern überwiegen die Dexit-Befürworter.

INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben: „Es ist erfreulich, dass die EU sowohl für die Wirtschaft als auch für jeden einzelnen als überwiegend vorteilhaft gesehen wird. Allerdings müssen die Europapolitiker, aber auch Unternehmer vor allem in Ostdeutschland noch besser erklären, welche Vorteile die EU bietet. Dort sind viele noch nicht ausreichend überzeugt.“